

Organe (Angabe nach § 285 Nr. 10 HGB)

Aufsichtsrat

Bernd Zens Vorsitzender (bis 7. Mai 2025)	Mitglied der Vorstände DEVK Versicherungen
Michael Knaup Vorsitzender (ab 7. Mai 2025)	Vorsitzender der Vorstände DEVK Versicherungen
Frank Skorzus Stellv. Vorsitzender	Mitglied des Vorstands der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Dr. Wolfgang Bohner	Leiter Finanzen und Treasury Deutsche Bahn AG
Dr. Klaus Linde	Leiter Beschäftigungsbedingungen, Sozialpolitik und Personal Konzernleitung (HB) Deutsche Bahn AG
Frank Lutoschka	Vorstandssekretär/Referent im Büro des Vorsitzenden Martin Burkert der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Mario Reiß (ab 7. Mai 2025)	Bundvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
Claus Weselsky (bis 7. Mai 2025)	Bundvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) i. R.

Vorstand

Joachim Gallus	Verantwortlich für: Vermögensverwaltung, Inkasso, Compliance, Steuern, (IT-)Sicherheit
Lutz Lammert	Verantwortlich für: Mathematik, Rechnungswesen/Jahresabschluss, Produktentwicklung/ -management, Informationsverarbeitung und Telekommunikation, Personalwesen, Pensionsfondsbetrieb
Dr. Michael Zons	Verantwortlich für: Datenschutz, Betriebsorganisation, Revision, Marketing, Presse- Angelegenheiten, Vertrieb

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die DEVK Pensionsfonds-AG bietet beitragsbezogene Pensionspläne mit Zusage einer Mindestleistung im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG sowie Übertragungen von Versorgungswerken im Rahmen von § 3 Nr. 66 EStG an.

Bei der DEVK Pensionsfonds-AG handelt es sich um einen Pensionsfonds im Sinne von § 236 VAG.

Gemäß dieser Vorschrift ist ein Pensionsfonds eine rechtsfähige Versorgungseinrichtung, die

- im Wege des Kapitaldeckungsverfahrens Leistungen der betrieblichen Altersversorgung für einen oder mehrere Arbeitgeber zugunsten von Arbeitnehmern erbringt,
- die Höhe der Leistungen oder die Höhe der für diese Leistungen zu entrichtenden künftigen Beiträge nicht für alle vorgesehenen Leistungsfälle durch versicherungsförmige Garantien zusagen darf,
- den Arbeitnehmern einen eigenen Anspruch auf Leistung gegen den Pensionsfonds einräumt und
- verpflichtet ist, die Altersversorgungsleistung als lebenslange Zahlung, als Einmalkapitalzahlung oder als Kapitalzahlung in Raten zu erbringen.

Die DEVK Pensionsfonds-AG untersteht der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Deutschland. Sie ist damit als solche kein AIF – Alternativer Investmentfonds – im Sinne des § 1 KAGB.

Das Geschäftsfeld umfasst insbesondere einen Teil der betrieblichen Altersversorgung der Deutsche Bahn AG. Bestand und Neugeschäft haben deshalb einen hohen Anteil an arbeitgeber-/arbeitnehmerfinanzierten Verträgen der Deutsche Bahn AG.

Der Pensionsfonds betreibt nach Maßgabe der jeweiligen Pensionsfondsverträge ein Altersversorgungssystem und damit ein Finanzprodukt i. S. der EU-Offenlegungsverordnung. Ein Finanzprodukt i. S. von Art. 8 und Art. 9 der EU-Offenlegungsverordnung liegt allerdings nicht vor. Daher wird gemäß Art. 7 der EU-Taxonomie-Verordnung die folgende Erklärung gegeben: Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten

Verbundene Unternehmen

Verbundene Unternehmen der DEVK Pensionsfonds-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,

und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das Grundkapital unserer Gesellschaft in Höhe von 5,0 Mio. € ist in voller Höhe eingezahlt. Es wird zu 100 % gehalten durch die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht.

Funktionsausgliederung und organisatorische Zusammenarbeit

Aufgrund eines Generalagenturvertrags werden die Funktionen der Vertragsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben von dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. übernommen.

Allgemeine Betriebsbereiche wie z. B. Rechnungswesen, Inkasso, IT, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung, sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag mit dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. wird uns das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung gestellt. Dieses unterliegt in den Gebieten Mathematik, Antrags-, Bestands- und Leistungstätigkeiten sowie in der Vermögensanlage und -verwaltung allein der Aufsicht unseres Unternehmens.

Die DEVK Pensionsfonds-AG verfügt nicht über separate Mietverträge, jedoch gemäß ihrer Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2025 war geprägt von einer anhaltenden Konjunkturschwäche. Der Bundesregierung ist es bisher kaum gelungen, der Wirtschaft neue nachhaltige Wachstumsimpulse zu geben. Zwar stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2025 nach zuvor zwei Rezessionsjahren in Folge wieder leicht um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr an, das Wachstum lag jedoch weiterhin unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre in Höhe von 0,9 %. Insbesondere die deutsche Exportwirtschaft litt unter der Zollpolitik der US-Administration, der Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar sowie der zunehmenden Konkurrenz aus China. Zurückzuführen ist das BIP-Wachstum in erster Linie auf gestiegene Konsumausgaben seitens des Staates sowie der privaten Haushalte. Die Auswirkungen der militärischen Eskalation im Nahen Osten auf das globale Wachstum und das Kapitalanlageumfeld der Gesellschaft werden intensiv beobachtet.

Ungeachtet der geopolitischen Risiken und Krisen, der Unberechenbarkeit der Handelspolitik der USA sowie der schwächelnden Konjunktur erreichten die Aktienmärkte mehrfach neue Rekord-Höchststände. Der deutsche Leitindex DAX 40 stieg im Jahresverlauf um 23,0 % auf 24.490,41 Punkte zum Jahresende 2025. Der EuroStoxx 50 wies eine Jahresperformance von 18,3 % auf, der amerikanische S&P 500 stieg (in USD) um 16,4 %.

Deutliche Unterschiede zeigten sich in der globalen Geldpolitik. Während die Europäische Zentralbank (EZB) an ihrem Expansionskurs festhielt und die Leitzinsen bis Juni 2025 schrittweise auf 2,0 % senkte, nahm die US-Notenbank Fed ihre Zinssenkungen erst im zweiten Halbjahr vor und reduzierte den Leitzins auf eine Spanne von 3,50 % bis 3,75 %.

Im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) sind gegenüber dem Vorjahr unverändert 14 Pensionsfonds organisiert.

Die gebuchten Brutto-Beiträge sind um 6,2 % gestiegen und liegen für 2025 bei 1,04 Mrd. € (Vorjahr 0,97 Mrd. €).

Der Bestand wächst branchenweit um 4,1 % (Vorjahr 5,2 %) und umfasst damit 711.000 Personen. Davon befinden sich 87.512 Personen in der Leistungsphase, was einem Zuwachs von 6,2 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Leistungsauszahlungen beliefen sich insgesamt auf 749,37 Mio. € und stiegen damit im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 %.

Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung 2025 war trotz der schwierigen Wirtschaftsbedingungen gut.

Die Anzahl der Versorgungsverhältnisse ist im Geschäftsjahr 2025 um 5,8 % (Vorjahr 5,7 %) angewachsen. Träger des Neugeschäfts sind beitragsbezogene Pensionspläne im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG.

Die Beitragseinnahmen sind um 10,4 % gestiegen. Der im letzten Lagebericht prognostizierte Beitragszuwachs wurde um 5,3 % überschritten und lag somit deutlich über unseren Erwartungen. Der Beitragszuwachs resultierte im Wesentlichen aus der tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung der Deutsche Bahn AG sowie der Wettbewerbsbahnen.

Die Aufwendungen für Versorgungsleistungen und den Pensionsfondsbetrieb sind um 2,2 % gestiegen (Vorjahr 4,1 %), damit lagen sie um 6,5 % unter dem im letzten Lagebericht prognostizierten Wert. Wesentlich für den Anstieg war das Bestandswachstum.

Das Netto-Kapitalanlageergebnis inklusive realisierter Kundenerträge laut HGB lag 2025 mit 60,0 Mio. € – stärker als prognostiziert – deutlich über dem Vorjahreswert in Höhe von 48,7 Mio. €. Ohne Erträge und Aufwendungen auf Rechnung der Kunden belief sich 2025 das Netto-Kapitalanlageergebnis auf 38,0 Mio. € und fiel damit ebenfalls deutlich höher aus als 2024 mit 30,4 Mio. €. Die laufenden Erträge der Gesellschaft stiegen bei einem wachsenden Kapitalanlagebestand deutlich an.

Der Kapitalanlagebestand ohne Kundenfonds entwickelte sich gleichfalls positiv. Der deutliche Anstieg von 1.609,5 Mio. € auf 1.788,5 Mio. € blieb im Rahmen der Erwartungen.

Die Asset Allokation des Pensionsfonds weist im Jahr 2025 keine signifikanten Änderungen gegenüber dem Vorjahr auf.

Der Rohüberschuss ist im Geschäftsverlauf um 13,3 % gestiegen. Er lag damit um 1,8 % niedriger als der prognostizierte Wert und entsprach damit unseren Vorstellungen.

Neuzugang und Bestand

Im Berichtsjahr waren per Saldo 14.214 Zugänge im Anwärter- bzw. Rentnerbestand (Versorgungsverhältnisse auf Personenebene) zu verzeichnen (Vorjahr 13.324). Die Entwicklung entsprach den Erwartungen.

Der Anwärterbestand entwickelte sich erneut positiv. Die Zahl der Anwärter nahm im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 % zu (Vorjahr 5,3 %). Der Bestand umfasst 348.747 Verträge für 249.520 Personen in der Anwartschaft, davon 186.535 Männer und 62.985 Frauen (Vorjahr 333.373 Verträge, 237.138 Personen, davon 176.658 Männer und 60.480 Frauen).

Der Bestand an Versorgungsverhältnissen im Rentenbezug stieg um 21,8 % (Vorjahr 18,9 %) auf 10.242 (Vorjahr 8.410).

Ca. 92 % des Bestands (Vorjahr 93 %) und 87 % des Neugeschäfts (Vorjahr 93 %) resultieren aus Versorgungszusagen im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen und aus Entgeltumwandlung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Bahn.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Pensionsfondstechnisches Ergebnis vor Beitragsrückerstattung	17.081	14.281	2.800
Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen	14.017	12.081	1.936
Nichtpensionsfondstechnisches Ergebnis	-2.082	-1.193	-889
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	982	1.007	-25
Steuern	482	256	226
Gewinnabführung	500	750	-250
Jahresüberschuss	-	-	-

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beiträge nahmen um 33,8 Mio. € zu und beliefen sich per Jahresultimo auf 360,6 Mio. € (Vorjahr 326,7 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahreswert bedeutet dies einen Anstieg um 10,4 % (Vorjahr 12,5 %). Der Beitragszuwachs resultiert im Wesentlichen aus der tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung der Deutsche Bahn AG sowie der Wettbewerbsbahnen.

Versorgungsfälle

Die Aufwendungen für Versorgungsfälle lagen für das Kalenderjahr 2025 mit 58,7 Mio. € um 0,3 Mio. € über dem Vorjahr (58,4 Mio. €). Der Anstieg resultiert aus einmaligen Abfindungszahlungen bei Rentenbeginn bzw. bei Beendigung des Dienstverhältnisses.

Im Jahr 2025 nutzten ca. 51 % der neuen Altersrentner die mögliche Teilkapitalauszahlung von bis zu 30 % des Versorgungskapitals bei Rentenübergang.

Kosten

Die Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb betragen insgesamt 7,5 Mio. € (Vorjahr 6,4 Mio. €). Davon entfielen 4,6 Mio. € auf Verwaltungsaufwendungen (Vorjahr 3,7 Mio. €). Die aktuelle Kostenbelastung wird maßgeblich beeinflusst durch das laufende Migrationsprojekt.

Kapitalerträge

Das Netto-Kapitalanlageergebnis inklusive realisierter Kundenerträge betrug im Berichtsjahr 60,0 Mio. € (Vorjahr 48,7 Mio. €) und ist auf höhere ordentliche Erträge sowie gesunkene Abschreibungen (79 Tsd. € nach 0,4 Mio. €) zurückzuführen. Ohne Kundenerträge lag das Netto-Kapitalanlageergebnis bei 38,0 Mio. € (Vorjahr 30,4 Mio. €) und damit deutlich über dem Vorjahr. Dieser Anstieg resultiert aus zuvor beschriebenen Effekten. Die Nettoverzinsung ohne Kundenerträge lag mit 2,2 % nach 2,0 % über dem Vorjahreswert.

Sonstiges Ergebnis

Das sonstige Ergebnis belief sich im Berichtsjahr auf -2,1 Mio. € (Vorjahr -1,2 Mio. €).

Steuern

Aufgrund des im Jahr 2013 geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG wurde eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft hergestellt.

Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten aus ausländischer Quellensteuer und aus den Bestimmungen des § 36a EStG. Bei den sonstigen Steuern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Lohnsteuer.

Geschäftsergebnis und Ergebnisverwendung

Der Rohüberschuss betrug im Berichtsjahr 14,5 Mio. € (Vorjahr 12,8 Mio. €). Hiervon wurden 14,0 Mio. € (Vorjahr 12,1 Mio. €) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Damit wurden 97 % (Vorjahr 94 %) des Rohüberschusses für die Überschussbeteiligung der Versorgungsberechtigten verwendet.

Aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags wurden 0,5 Mio. € an die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG abgeführt (Vorjahr 0,8 Mio. €).

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die für die laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine rollierende Liquiditätsplanung gewährleistet, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt. Der Gesellschaft fließen durch Beitragseinnahmen, Kapitalanlageerträge und den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 168,5 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden überwiegend durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Solvabilität

Bei den Eigenmitteln, die gemäß § 238 VAG zur dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen nachzuweisen sind, ist eine deutliche Überdeckung gegeben.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	1.788.518	1.609.473	179.045
Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern	1.558.945	1.203.671	355.274
Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft	1.402	1.007	395
Sonstige Forderungen	3.458	3.714	-256
Zahlungsmittel	369	505	-136
Übrige Aktiva	16.554	13.097	3.457
Gesamtvermögen	3.369.246	2.831.467	537.779
Eigenkapital	24.334	24.334	-
Pensionsfondstechnische Rückstellungen	1.782.322	1.600.383	181.939
Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern	1.558.945	1.203.671	355.274
Anderer Rückstellungen	1.000	1.058	-58
Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft	422	-	422
Übrige Passiva	2.223	2.021	202
Gesamtkapital	3.369.246	2.831.467	537.779

Der Zuwachs der Pensionsfondstechnischen Rückstellungen ist im Wesentlichen auf Beitragseinnahmen innerhalb des Geschäftsjahres zurückzuführen.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds betragen zum Jahresende 1.788,5 Mio. € (Vorjahr 1.609,5 Mio. €). Hinzu kommen 1.558,9 Mio. € an Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Investmentfonds (Vorjahr 1.203,7 Mio. €). In dem deutlichen Anstieg dieses Kapitalanlagebestandes schlägt sich die Entwicklung der Beitragseinnahmen und die Performance der Kundenfonds positiv nieder. Das Wachstum der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird auch 2026 weiter Bestand haben, sofern größere Aktienmarktrückgänge ausbleiben.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK das oberste strategische Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit der eigenen Kunden.

Diese misst die Kundenzufriedenheit von 21 Top-Versicherungsunternehmen in Deutschland und bildet sie transparent auf einem Index ab. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbervergleich werden hierdurch messbar und Maßnahmen können gezielt ergriffen werden.

In der Gesamtzufriedenheit verbessert sich die DEVK im Jahr 2025 um einen Platz auf den sechsten Rang im Wettbewerbervergleich. Das selbst gesteckte Ziel von 790 Punkten wurde nicht erreicht. Interne Messungen zeigen zusätzlich eine sehr hohe Mitglieder- und Kundenzufriedenheit, vor allem mit der Beratung.

Kundenzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Punkte	Punkte
Ist	776	777
Ziel	790	777

Für 2026 wurden als Zielwert 790 Punkte festgelegt.

Mitarbeitendenzufriedenheit

Die DEVK möchte für ihre Mitarbeitenden und Vermittler ein Umfeld schaffen, in dem sie bestmögliche Arbeitsergebnisse erzielen können. Deshalb sind Untersuchungen der Zufriedenheit im Innen- und Außendienst ein fester Bestandteil der Unternehmenskultur. Die DEVK befragt ihre Belegschaft regelmäßig nach ihren Einschätzungen, kommuniziert diese intern und arbeitet intensiv mit dem Feedback. Befragungen erfolgen sowohl turnusmäßig als auch bei aktuellen Anlässen. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Beurteilung der psychischen Gefährdung der Mitarbeitenden am Arbeitsplatz erfolgt ebenfalls auf Basis einer umfangreichen Befragung. Hohe Beteiligungsquoten zeigen das aktive Interesse der Belegschaft an Partizipation.

Auf diese Weise erhält die DEVK ein sehr umfangreiches Bild in Bezug auf die Zufriedenheit ihrer Belegschaft. Hierzu gehört auch die transparente Abbildung der Zufriedenheit im Innen- und Außendienst auf Basis eines Index, der die Gesamtzufriedenheit, die Bindung und die Weiterempfehlungsbereitschaft widerspiegelt. Hier übertraf die DEVK im Jahr 2025 ihr selbst gestecktes Ziel sowie die Ergebnisse der beiden Vorjahre.

Mitarbeitendenzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Punkte	Punkte
Ist	740	714
Ziel	720	733

Für 2026 wurden 745 Punkte als Zielwert festgelegt.

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2025 zufriedenstellend entwickelt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Dem DEVK-Pensionsfonds bieten sich aufgrund seiner Nähe zu den führenden Teilnehmern des deutschen Verkehrsmarktes weiterhin Wachstumsmöglichkeiten.

Durch eine Produktentwicklung in Zusammenarbeit mit unseren Gremien, einerseits im Hinblick auf die bestehenden Anforderungen unserer Versorgungsberechtigten und Vertragspartner sowie andererseits im Hinblick auf die Finanzierbarkeit und Kapitalanlage, erwarten wir auch künftig ein Wachstum und eine Ausweitung unserer Geschäftstätigkeit.

Für das Geschäftsjahr 2026 rechnen wir mit einem leicht positiven Neugeschäft über dem Vorjahresniveau. Dieses resultiert vornehmlich aus der tarifvertraglich vereinbarten betrieblichen Altersversorgung der Deutsche Bahn AG und der Wettbewerbsbahnen.

Wir gehen davon aus, dass die Beitragseinnahmen 2026 aufgrund der abgeschlossenen beziehungsweise in Verhandlung befindlichen Tarifverträge im Bahnsektor leicht über dem Vorjahr liegen.

Bei den Aufwendungen für Versorgungsfälle rechnen wir 2026 im Saldo mit einem leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Dies resultiert auf der einen Seite aus dem wachsenden Rentnerbestand und der steigenden Anzahl an Rentenübergängen ab dem 63. Lebensjahr und auf der anderen Seite aus der Möglichkeit, Rentenzahlungen bis zu einer bestimmten Höhe gegen einmalige Zahlungen abzufinden.

Seit 2020 haben wir unseren Fokus noch stärker auf die Zielgruppen des Verkehrsmarktes gelegt, um insbesondere den Wünschen und Bedürfnissen der Mitarbeitenden im Schienen-, Personen- und Güterverkehr gerecht zu werden. Dabei wurden schon verschiedene Veranstaltungen und Maßnahmen erfolgreich durchgeführt, um bei Fragen rund um Sicherheit, Gesundheit und Versorgung zu informieren und zu unterstützen. Daran wollen wir auch im Jahr 2026 anknüpfen und unsere Kundenbindungen weiter ausbauen.

Aktuell wird erwartet, dass die Konjunktur in Deutschland, getrieben von Fiskalimpulsen im Bereich Rüstung und Infrastruktur, im Jahr 2026 leicht anzieht. Es wird mit einem Wachstum von circa 1,0 % gerechnet. Das konjunkturelle Umfeld der Eurozone wird vorerst weiterhin vom schwächelnden Außenhandel gehemmt. Perspektivisch sollten jedoch die abgeschlossenen Freihandelsabkommen mit Indien und dem Mercosur mittelfristig zu einer deutlichen Stärkung des Außenhandels beitragen. Die US-Konjunktur dürfte weiterhin vom KI-Boom profitieren. Insgesamt wird erwartet, dass sich die globale Konjunktur 2026 im Vergleich zum Vorjahr abkühlt und das weltweite Wirtschaftswachstum von 3,2 % auf 3,0 % fällt.

Nach aktueller Einschätzung der meisten Kapitalmarktteilnehmer wird erwartet, dass die EZB den Einlagenzins im Jahr 2026 zunächst bei 2,0 % belassen wird. Für die Fed werden in 2026 zwei Zinssenkungsschritte auf eine Spanne von 3,00 % bis 3,25 % am Markt eingepreist. Die geldpolitische Unterstützung der Aktien- und Rentenmärkte durch die Zentralbanken wird langsam auslaufen, da das Zinssenkungspotential in beiden Fällen nahezu erschöpft ist. Die zunehmenden Investitionen in Militär und Infrastruktur dürften im Jahr 2026 eine positive Wirkung auf die Konjunktur entfalten, auch unverändert hohe Risikoaufschläge auf europäische Staatsanleihen sollten spürbar werden. Die Risikoaufschläge auf Unternehmensanleihen könnten konjunkturell bedingt ansteigen und Zinsstrukturkurven tendenziell steiler werden.

Für die Neuanlage im Zinsbereich stellt diese Entwicklung eine gute Ausgangsbasis dar. Die erreichbare Rendite erwarten wir bei deutlich über 3,0 %. Die Refinanzierungen, zum Beispiel im Rahmen von Immobilienfonds, sollten sich im Vergleich zu den Vorjahren verbessern, da in der Regel kurze Laufzeiten bzw. variable Konditionen gewählt werden. Das Erholungspotential im Immobilienbereich bewerten wir derzeit als vergleichsweise gering. Die wirtschaftliche Unsicherheit der Investoren begrenzt die Nachfrage. Das Umfeld für Exits im Bereich Private Equity halten wir für weiterhin schwierig. Da unser Portfolio über Regionen, Sektoren und Laufzeiten gut diversifiziert ist, erwarten wir zunächst keine nennenswerten Auswirkungen. Die Aktienmarktpformance wird 2026 stark davon abhängig sein, ob die Unternehmen tatsächlich Gewinnsteigerungen realisieren können. Angesichts der beschriebenen Rahmenbedingungen erscheint dies schwierig. Eine Aktienmarktkorrektur könnte einen guten Einstiegszeitpunkt für Zukäufe darstellen.

Für die DEVK Pensionsfonds-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen 2026 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand im Vergleich zu 2025 ein moderat höheres absolutes Ergebnis. In Relation zum Kapitalanlagebestand gehen wir im Jahr 2026 von einer leicht niedrigeren Nettoverzinsung ohne Kundenerträge im Vergleich zum Vorjahr aus. Mit Kundenerträgen prognostizieren wir eine Nettoverzinsung auf Vorjahresniveau.

Aus dem Rohüberschuss erwarten wir 2026 ein Ergebnis in der Größenordnung von 13,8 Mio. € und rechnen damit, auch im kommenden Jahr an die Ergebnisse der Vorjahre anschließen zu können.

Im Geschäftsjahr 2026 strebt die DEVK eine weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit an. Der zur Messung verwendete Index soll von 776 Punkten (Istwert 2025) auf 790 Punkte gesteigert werden.

Bezüglich der Mitarbeitendenzufriedenheit hat sich die DEVK einen Indexwert von 745 Punkten als Ziel gesetzt. Das Ziel für 2026 liegt damit 5 Punkte über dem Istwert 2025.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (MaGo für EbAV) entsprechend, wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Der Vorstand eines Pensionsfondsunternehmens ist nach § 26 Abs. 1 VAG in Verbindung mit § 234c VAG für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements verantwortlich. Die Grundlagen des Risikomanagements sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind innerhalb der DEVK in der Risikostrategie sowie den Solvency II-Leitlinien zum Risikomanagement geregelt.

Die Risikomanagementfunktion und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II- bzw. EbAV-II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten, wie z. B. im Bereich Kapitalanlagen. Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch, nicht zuletzt durch die dezentrale Risikorunde bzw. das Risikokomitee, statt. Das Risikomanagementsystem verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Risikomanagementeinheiten, die mit ihrem Spezialwissen die Risikosituationen betrachten. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt. Die Risikomanagementfunktion verantwortet die Methoden und Verfahren des Risikomanagements und ist für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Kernelemente zur Steuerung der Risiken der DEVK sind das Risikotragfähigkeitskonzept und das Limitsystem. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt eine ausreichende Hinterlegung von Eigenmitteln für alle wesentlichen Risiken sicher. Es dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Dafür werden für die wesentlichen Risiken („Marktrisiko“, „versicherungstechnisches Risiko“ und „Ausfallrisiko“) Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau sicherzustellen. Dadurch werden den genannten Risiken jährlich neue Maximalgrenzen für das jeweilige Risikokapital zugeordnet.

Zur Operationalisierung der Risikosteuerung wird innerhalb der DEVK ein Limitsystem als Überwachungssystem zur frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung eingesetzt. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt.

Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe einer Softwarelösung erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden soweit möglich quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Zudem werden Risiken ad hoc betrachtet, sofern sie wesentlich sind.

Mit Hilfe von Risikotragfähigkeitskonzept, Limitsystem und Risikoinventur kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die DEVK ein Risiko darstellen. Wirksamkeit und Angemessenheit werden durch die Interne Revision überwacht.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird quartalsweise anhand des Risikoberichts in der dezentralen Risikorunde sowie im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird der Risikobericht den jeweils verantwortlichen Vorständen im Rahmen einer Vorstandsvorlage vorgelegt.

Der Bericht zur Eigenen Risikobeurteilung (ERB) wurde zuletzt zum Stichtag 31. Dezember 2023 erstellt. Die nächste planmäßige Berichterstattung erfolgt gemäß aktuell gültiger Vorgabe zum Stichtag 31. Dezember 2026.

EbAV-II-Richtlinie

Die Vorschriften der Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV-II-Richtlinie) sowie der aus dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) abgeleiteten Informationspflichten-Verordnung werden in den Standard-Prozessen des Unternehmens berücksichtigt. Zu den Vorschriften gehört u. a. das Anzeigen von Schlüsselfunktionen, die Berücksichtigung von Änderungen in den Gruppen-Leitlinien, Anforderungen an das Vergütungssystem, das Meldewesen gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank sowie Anforderungen an die Anlagepolitik und erweiterte Informationspflichten gegenüber Kunden.

Pensionsfondstechnische Risiken

In einem Pensionsfonds sind dies im Wesentlichen das biometrische Risiko, das Zinsgarantierisiko (z. B. bzgl. der Finanzierung der garantierten Mindestleistung) und das Kostenrisiko.

Das biometrische Risiko besteht darin, dass sich die in den Pensionsplänen verwendeten Rechnungsgrundlagen, z. B. Sterbewahrscheinlichkeiten, im Laufe der Zeit verändern.

Für Hinterbliebenenrentenanwartschaften zu laufenden Rentenleistungen sowie für laufende Invalidenrenten wird eine biometrische Nachreservierung gebildet. Insgesamt ergeben sich aus den für die Reserveberechnung verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen aus heutiger Sicht ausreichende Sicherheitsmargen.

Mit Einführung von Unisex-Tarifen im Jahr 2013 ist die Bestandszusammensetzung nach Geschlecht (Mischungsverhältnis) zum weiteren Kalkulationsparameter geworden. Das Mischungsverhältnis wurde vorsichtig gewählt, wird regelmäßig überprüft und enthält nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars ausreichende Sicherheitsmargen.

Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass die sich aus den Pensionsplänen ergebenden Zinsverpflichtungen bzw. die garantierten Mindestleistungen nicht finanziert werden können.

Im Geschäftsjahr 2025 verminderte sich die Zinszusatzreserve um 16 Tsd. € auf 460 Tsd. €. Der maßgebliche Referenzzins beträgt zum 31. Dezember 2025 unverändert 1,57 %, sodass die Bildung einer Zinszusatzreserve für Verträge mit einem Garantiezins von mindestens 1,75 % erforderlich war. Aufgrund der aktuellen Zinssituation ist davon auszugehen, dass sich diese zusätzliche Deckungsrückstellung in den kommenden Jahren weiter vermindern wird.

Zurzeit liegen ausreichende Sicherheitsmargen vor. Wir gehen davon aus, dass – aus heutiger Sicht – auch zukünftig ausreichende Sicherheitsspannen gegeben sind.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass in den vergangenen Jahren trotz der teils turbulenten Marktentwicklungen regelmäßig hohe Kapitalanlageergebnisse erzielt wurden, so dass die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung einen weiteren Puffer darstellen.

Durch eine sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Verlaufsanalysen wird regelmäßig sichergestellt, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen sind und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten. Darüber hinaus ist ein zusätzliches Ausgleichs- und Stabilisierungspotenzial durch die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gegeben.

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten die rechnungsmäßigen Kosten übersteigen oder die anwartschaftlichen Vertragsguthaben nicht zur Deckung der garantierten Leistungen sowie der rechnungsmäßigen Kosten ausreichen. Für Verträge in der Anwartschaft ist aufgrund der vertraglichen Regelungen sowie der kollektiven Sicherungsmechanismen weitestgehend davon auszugehen, dass die tatsächlichen Kosten voraussichtlich auf Dauer gedeckt werden können. Die Absenkung des Höchstrechnungszinses zum 1. Januar 2022 führte in einem Teilbestand dazu, dass diese Deckung gefährdet ist. Die hiervon betroffenen Tarife wurden zum 1. Januar 2023 größtenteils abgelöst. Für das Neugeschäft der Kalenderjahre 2022 bis 2024 wird eine Zusatzrückstellung gebildet, um die Finanzierung der zugesicherten Leistungen sicherzustellen. Für Alt-Verträge mit laufender Rentenzahlung wird seit 2013 eine Kostennachreservierung vorgenommen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass aus Verträgen mit laufender Rentenzahlung langfristig ausreichende Kosteneinnahmen generiert werden.

Die Kostensituation der DEVK Pensionsfonds-AG wird auch zukünftig intensiv beobachtet und analysiert, dies gilt insbesondere hinsichtlich der Wechselwirkungen zwischen Zinsgarantie- und Kostenrisiko. Aktuell liegt eine starke Belastung durch ein Migrationsprojekt vor.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft ergeben sich aus Forderungen gegenüber Versorgungsberechtigten sowie Vermittlerinnen und Vermittlern nicht.

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Marktpreisentwicklungen, insbesondere Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursrisiken,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können,
- geopolitische Risiken und damit verbundene wirtschaftliche Auswirkungen.

Im Bereich der Kapitalanlagen werden die Vorschriften der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV) zu Grunde gelegt. Kurs- und Zinsrisiken wird durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, so dass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch eine Anlehnung der Fälligkeitsstruktur der Zinsanlagen an die Verpflichtungen ist ein ausreichender Liquiditätszufluss gewährleistet. Die bestehende Beimischung von Realwerten, insbesondere Immobilien mit einem zinsähnlichen Zahlungsprofil, sorgt auch zukünftig neben der Wahrung von Ertragschancen für eine hohe Diversifikation innerhalb der Kapitalanlagen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Der Kapitalanlagestresstest überprüft, ob der Pensionsfonds trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für den Pensionsfonds. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2025 die folgenden Maßnahmen:

- Ausrichtung der Kapitalanlagen anhand der Fristigkeit der passivseitigen Verpflichtungen
- Währungskongruente Refinanzierungen im Bereich der indirekten Immobilieninvestments.

Signifikante Liquiditätsrisiken liegen aufgrund der besonderen Konstruktion des Pensionsfonds nicht vor. Eine detaillierte mehrjährige Kapitalanlageplanung wird regelmäßig erstellt.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2025 beläuft sich die Summe der Zinsanlagen auf 1.665,1 Mio. €. Zum Stichtag besteht eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 332,1 Mio. € (im Vorjahr minus 238,8 Mio. €). Insgesamt sind 1.117,7 Mio. € als Inhaberpapiere (inkl. der reinen Rentenfonds) bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Im Zinsblock enthalten sind reine Rentenfonds, die vorgehalten werden, um hieraus den Versorgungsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot). Von den Inhaberpapieren und auf eigene Rechnung gehaltene Rentenfonds wurde ein Volumen von 1.114,4 Mio. € dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten. Zudem werden Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt und es liegen keine Anhaltspunkte für Bonitätsverschlechterungen vor. Zinstitel im Anlagevermögen weisen eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 165,2 Mio. € aus. Darin enthalten sind stille Lasten in Höhe von 175,2 Mio. € (Vorjahr 130,5 Mio. €) sowie stille Reserven in Höhe von 10,0 Mio. € (Vorjahr 15,7 Mio. €). Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/-1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -150,0 Mio. € bzw. 180,3 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzinses aufgrund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Weisen die Wertpapiere noch stille Reserven aus, würden diese zunächst abgebaut. Ausnahme hiervon sind Wertverluste aufgrund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Diese würden sich unter an-

derem in einer kurzfristigen Ausweitung der Risikozuschläge verdeutlichen. Diese bewegten sich im Jahr 2025 jedoch weitestgehend seitlich. Ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, einer länger anhaltenden Rezession oder einer Aktienmarktkorrektur halten wir 2026 für möglich.

Die Kapitalanlage für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds orientiert sich an den Laufzeiten der Passivseite (Durationsmatching) und besteht zum großen Teil aus Staatsanleihen (39,6 %). Weitere 25,6 % der Kapitalanlagen bestehen bei Zinstiteln von Kreditinstituten und 14,0 % von Unternehmen. Anleihen von Emittenten aus Russland und der Ukraine sind nicht im Direktbestand oder in durchgeschauten Spezialfonds vorhanden. In der Neuanlage wird aktuell mehrheitlich in Bank- sowie Unternehmensanleihen oder staatsnahe Emissionen investiert.

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf:

Ratingverteilung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
AA- und besser	72,3 %	86,5 %
A+ bis A-	27,7 %	13,5 %

Der Anteil an Ratings des Pensionsfonds im Bereich „AA- und besser“ sank gegenüber dem Vorjahr, die Anlage in der Ratingklasse „A+ bis A-“ ist gleichermaßen gestiegen. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das Downgrade der Republik Frankreich auf A+ zurückzuführen. In der Wiederanlage wurden ausschließlich Anleihen mit hoher Bonität gekauft. Die Risikolage im Bereich des Kreditrisikos hat sich ausgehend von einem sehr hohen Niveau im Vergleich zum Vorjahr etwas verschlechtert. Wir werden auch zukünftig bei Neu- und Wiederanlagen ausschließlich in Zinspapieren hoher Bonität investieren.

Aktienanlagen

Am Bilanzstichtag waren zu Buchwert 3,1 Mio. € (Vorjahr 1,1 Mio. €) in Aktienfonds investiert, die vorgehalten werden, um hieraus den Versorgungsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot). Der direkte Aktienbestand sank von 5,1 Mio. € auf 3,4 Mio. €. Die Bewertungsreserve auf diesen Aktien zum 31. Dezember 2025 ist unverändert positiv und beträgt 1,4 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €). Zudem verfügt die Gesellschaft seit 2020 über einen ersten Bestand an indirekten Private Equity-Investitionen mit einem Volumen in Höhe von 3,5 Mio. € (Vorjahr 4,1 Mio. €). Diese weisen Ende 2025 Reserven in Höhe von 2,5 Mio. € auf.

Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 1,6 Mio. €. Der DAX und der EuroStoxx50 haben 2025 eine starke Wertentwicklung vollzogen. Mittelfristig erwarten wir eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten.

Immobilien

Am Bilanzstichtag waren 10,4 Mio. € in Immobilienfonds und 102,9 Mio. € in Grundstücksbeteiligungen investiert. Die Bewertungsreserven auf Immobilienfonds im Anlagevermögen liegen bei 0,5 Mio. €, stille Lasten liegen keine vor. Auf Immobilienfondsebene sehen wir keine außergewöhnlichen Risiken bezüglich Vermietung und Qualität der Immobilien. Wir erwarten, dass sich die ersten Werterholungen in 2025 auch in 2026 auf niedrigem Niveau fortsetzen. Neben dem allgemeinen Immobilienrisiko besteht teilweise noch ein Währungsrisiko, das zum Teil über währungskongruente Finanzierung und Devisentermingeschäfte abgesichert wird. Risiken aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt werden durch vorhandene stille Reserven, Diversifizierung und möglichst langfristige, indexierte Mietverträge begrenzt. Abgesehen vom Inflationsrisiko, das über eine Indexierung der Mietverträge begrenzt wird, liegen keine besonderen Risiken vor.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, dem Versagen technischer Systeme, menschlichem Fehlverhalten oder externen Ereignissen. Rechtsrisiken und Compliance-Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Darüber hinaus stellen die Risiken der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT-Risiken) einen maßgeblichen Bestandteil der operationellen Risiken dar.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der betrieblichen Abläufe sind risikoorientierte Kontrollen eingerichtet. Deren Funktionsfähigkeit wird laufend überwacht, etwaige Kontrollschwächen werden beurteilt und gegebenenfalls beseitigt. Im Rahmen des Internen Kontrollsystem-Prozesses erfolgt eine klare Zuweisung von Zuständigkeiten für die regelmäßige Ermittlung, Dokumentation und Überwachung relevanter Risikoexponierungen.

Operationelle Risiken werden schwerpunktmäßig in der halbjährlichen Risikoinventur sowie laufend in der Prozessdokumentation erfasst und beschrieben.

Die Unterstützung der Geschäftsprozesse durch den IT-Betrieb bringt eine Vielzahl operationeller Risiken mit sich. Die Sicherheit der Programme, der Datenhaltung und des laufenden Betriebs wird durch umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen in den Rechenzentren der Drittanbieter (Cloud) gewährleistet. Die IT-Infrastruktur der DEVK ist redundant ausgelegt. Die beiden Rechenzentren sind über zwei getrennte Glasfaserleitungen miteinander verbunden. Im Rahmen der Cloud-Strategie werden zunehmend Systeme in der Cloud betrieben.

Seit Januar 2025 gilt die DORA-Verordnung, die der Sicherstellung der digitalen operationalen Resilienz im Finanzsektor dient. Die DEVK verankerte Anforderungen und Vorgaben an ihre Governance und Prozesse in einer DOR-Strategie. Die DORA hat maßgeblichen Einfluss auf die Betrachtung von Risiken in der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT-Risiken) im Risikomanagementrahmen des Unternehmens. Hierzu werden bestehende Prozesse und Methoden (z. B. Risikoinventur oder Limitsystem) genutzt, um eine effiziente Steuerung der Risiken sicherzustellen. Dies schließt auch die IKT-Drittparteienrisiken ein.

Künstliche Intelligenz (KI) bietet der DEVK Chancen, innovative Lösungen zu entwickeln und effizientere Prozesse zu gestalten, um Bedürfnissen ihrer Kundinnen und Kunden gerecht zu werden. Das Risikomanagement stellt im Einklang mit dem „EU AI Act“ sicher, dass potenzielle Gefahren und Schwachstellen in allen Phasen des Lebenszyklus eines KI-Systems systematisch identifiziert, bewertet und beherrscht werden. Die mit dem Einsatz von KI-Systemen verbundenen Risiken werden im Rahmen des Risikomanagementprozesses gesteuert. Dies gewährleistet, dass KI-spezifische Risiken im Kontext der gesamten Unternehmensrisiken angemessen adressiert werden.

Die Informationssicherheits-Strategie der DEVK verfolgt die Sicherheitsziele Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, Anwendungen und der IT-Infrastruktur. Zentrale Elemente des Informationssicherheits-Managements der DEVK sind das Informationssicherheits-Board und der Informationssicherheits-Beauftragte. Das Informationssicherheits-Board dient der strategischen Steuerung der Informationssicherheit der DEVK-Gruppe und der Vorbereitung sicherheitsrelevanter Entscheidungsvorlagen für den Vorstand. Der Informationssicherheits-Beauftragte steuert den Informationssicherheits-Prozess. Um ein gleichmäßiges und angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, werden die Sicherheitsmaßnahmen am Schutzbedarf und den

Bedrohungen ausgerichtet. Die DEVK strebt den Erhalt im Hinblick auf das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) für den IT-Betrieb und die Zertifizierungsreife nach ISO27001 auf Basis des IT-Grundschutzes nach Standard des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik an.

Das Notfallmanagement (Business Continuity Management) ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems. Es gewährleistet, dass die DEVK bei Unterbrechungen zeitkritischer Aktivitäten ihren Geschäftsbetrieb auf einem festgelegten Mindestniveau (Notbetrieb) fortsetzen und schnellstmöglich eine Wiederherstellung des Normalbetriebs erreichen kann. Zentraler Bestandteil des Notfallmanagements ist die Identifizierung der zeit- und geschäftskritischen Aktivitäten einschließlich der erforderlichen Ressourcen. Maßgeblich hierfür sind die als kritisch oder wichtig definierten Tätigkeiten. Szenariospezifisch bestehen Notfallpläne, die einen definierten Notbetrieb gewährleisten und eine schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb ermöglichen. Notfallübungen dienen der Überprüfung der getroffenen Maßnahmen.

Der IT-Service Continuity Plan wird regelmäßig getestet, um eine effektive Wiederherstellung der IT-Systeme sicherzustellen.

Operationelle Risiken entstehen nicht nur durch technische Störungen oder externe Einflüsse, sondern in erheblichem Maße auch durch personelle Abhängigkeiten und menschliches Fehlverhalten. Das Management von Kopfmonopolen und Schlüsselpositionen ist grundsätzlich Bestandteil der Personalstrategie der DEVK-Gruppe. Im Rahmen der Personalplanung werden Kopfmonopole und Schlüsselpositionen regelmäßig erhoben. Zur Vermeidung von Kopfmonopolen wird Wissen auf mehrere Mitarbeitende verteilt und durch Dokumentationen abgesichert.

Dem demografischen Risiko begegnet die DEVK-Gruppe mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität. Hierzu zählen verstärktes Personalmarketing und flexible Arbeitszeitmodelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein aktives Gesundheitsmanagement wirkt dem Krankheitsrisiko der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegen.

Rechtliche Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Rechtsänderungsrisiken bezeichnen Risiken aus Änderungen des Rechtsumfelds einschließlich aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Zu den Folgen aus Compliance-Risiken gehören rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung externer Anforderungen oder interner Vorgaben resultieren. Die DEVK hat ein Compliance-Management-System etabliert, das die Einhaltung dieser Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Solvabilitätsverordnung werden erfüllt.

Projektionsrechnungen im Rahmen des ERB-Prozesses per 31. Dezember 2023 zeigen, dass eine ausreichende Bedeckung des Risikokapitals auch in Zukunft sichergestellt ist.

Insgesamt ist zurzeit keine Entwicklung erkennbar, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2025

	Anwärter	
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	176.658	60.480
II. Zugang während des Geschäftsjahres		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	16.459	4.362
2. sonstiger Zugang	3	9
3. gesamter Zugang	16.462	4.371
III. Abgang während des Geschäftsjahres		
1. Tod	281	54
2. Beginn der Altersrente	2.911	875
3. Invalidität	124	64
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	3.199	856
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	-	-
7. sonstiger Abgang	70	17
8. gesamter Abgang	6.585	1.866
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	186.535	62.985
davon:		
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	-	-
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	-	-
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	-	-
4. beitragsfreie Anwartschaften	-	-
5. in Rückversicherung gegeben	-	-
6. lebenslange Altersrente	-	-
7. Auszahlungsplan mit Restverrentung	-	-

Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Tsd. €	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Summe der Jahresrenten Witwen Tsd. €	Witwer Tsd. €	Waisen Tsd. €
6.078	1.912	5.567	337	77	6	248	62	3
1.501	400	1.651	64	9	-	48	7	-
-	-	67	-	-	-	2	1	-
1.501	400	1.718	64	9	-	50	8	-
116	18	76	4	1	-	3	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	3	-	-	2
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
116	18	76	4	1	3	3	-	2
7.463	2.294	7.209	397	85	3	295	70	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
6.563	2.021	6.193	-	-	-	-	-	-
540	123	533	-	-	-	-	-	-

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		7.042.462		6.198
II. geleistete Anzahlungen		<u>36.414</u>		48
			7.078.876	6.247
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	102.922.805			83.894
2. Beteiligungen	-	102.922.805		4.076
				87.970
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	61.949.178			60.143
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.076.208.058			948.207
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	485.094.793			460.350
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>62.343.326</u>			52.803
		1.685.595.355		1.521.503
			1.788.518.160	1.609.473
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern				
- Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			1.558.944.771	1.203.671
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an:				
1. Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte	896.339			670
2. Vermittler	<u>505.661</u>			337
		1.402.000		1.007
II. Sonstige Forderungen		<u>3.457.981</u>		3.714
davon:			4.859.981	4.721
an verbundene Unternehmen: 3.428.706,90 €				1.119
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		328.335		202
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		369.186		505
III. Andere Vermögensgegenstände		<u>10</u>		-
			697.532	707
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		9.145.706		6.373
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>578</u>		275
			9.146.283	6.648
Summe der Aktiva			3.369.245.603	2.831.467

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		5.000.000	5.000
II. Kapitalrücklage		18.153.766	18.154
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	500.000		500
2. andere Gewinnrücklagen	680.000		680
		<u>1.180.000</u>	1.180
		24.333.766	24.334
B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung		1.703.885.806	1.529.735
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle		1.535.476	2.144
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		<u>76.900.582</u>	68.504
		1.782.321.864	1.600.383
C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
– Deckungsrückstellung		1.558.944.771	1.203.671
D. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		956.093	934
II. Sonstige Rückstellungen		<u>44.232</u>	124
		1.000.325	1.058
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber			
1. Arbeitgebern	422.001		-
2. Versorgungsberechtigten	240.632		-
		<u>662.633</u>	-
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>1.127.560</u>	1.121
davon:			
gegenüber verbundenen Unternehmen: 500.000 €			750
aus Steuern: 4.932 €			-
		1.790.193	1.121
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
		854.683	900
Summe der Passiva		3.369.245.603	2.831.467

Es wird mit der u.a. Einschränkung bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B.I. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 3.262.830.577,43 € unter Beachtung des § 341f HGB sowie der aufgrund des § 240 Satz 1 Nummer 10 bis 12 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist. In der Deckungsrückstellung sind gebuchte Beiträge in Höhe von 2.787.036,48 € enthalten, die den Verträgen bisher nicht gutgeschrieben wurden.

Köln, 25. März 2026

Der Verantwortliche Aktuar

Lutz Lammert

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

Posten	€	€ Vorjahr Tsd. €
I. Pensionsfondstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
– Gebuchte Beiträge	360.569.030	326.726
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	5.620.703	6.342
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	1.474.040	2.097
davon:		
aus verbundenen Unternehmen 1.474.040 €		545
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	52.346.496	43.188
c) Erträge aus Zuschreibungen	541.304	163
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	6.599.801	4.112
	60.961.641	49.560
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	181.079.088	111.556
5. Sonstige pensionsfondstechnische Erträge	5.419.255	5.105
6. Aufwendungen für Versorgungsfälle		
a) Zahlungen für Versorgungsfälle	59.268.977	57.861
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle	-608.605	512
	58.660.372	58.373
7. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Rückstellungen		
– Deckungsrückstellung	-529.424.544	-419.306
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	14.017.066	12.081
9. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb		
a) Abschlussaufwendungen	2.965.200	2.721
b) Verwaltungsaufwendungen	4.565.095	3.686
	7.530.295	6.407
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	371.881	303
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	79.414	364
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	467.063	254
	918.357	921
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	34.707	-
12. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen	273	1
13. Pensionsfondstechnisches Ergebnis	3.064.103	2.200
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	62.143	616
2. Sonstige Aufwendungen	2.144.008	1.810
	-2.081.865	-1.193
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	982.237	1.006
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	480.687	255
5. Sonstige Steuern	1.550	1
	482.237	256
6. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	500.000	750
7. Jahresüberschuss	-	-

Anhang

Angaben zur Identifikation gem. § 264 Abs. 1a HGB

Die DEVK Pensionsfonds-AG, Köln, ist beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 36041 eingetragen.

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und werden mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig zwischen drei und zehn Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Geleistete Anzahlungen wurden zu Nennwerten bewertet. Bei geringwertigen Anlagegütern von untergeordneter Bedeutung, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren**, der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** erfolgte zu Anschaffungskosten, niedrigeren Börsenkursen oder zu dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Der beizulegende Wert eines Fondsanteils wird auf Basis der Ermittlung der entsprechenden Werte der Einzelanlagen errechnet (Fondsdurchschau). Bei einem gemischten Fonds wird für Aktienpositionen und festverzinsliche Wertpapiere eine gesonderte Betrachtung durchgeführt und die weiteren Positionen (Zielfonds, Derivate, Bankguthaben, Forderungen etc.) werden unverändert zum Marktwert angesetzt. Im Rahmen der Durchschau in Fonds mit stiller Last auf den Anteilsschein werden die Schuldtitel im Fonds anhand einer bonitätsinduzierten Vorgehensweise auf stille Lasten analysiert. Nicht als voraussichtlich dauernd wertgemindert eingestufte Schuldtitel werden einheitlich mit ihrem Nennwert angesetzt. Hierbei wird beachtet, dass die (fortgeführten) Anschaffungskosten dieser Schuldtitel im Fonds im Durchschnitt nicht wesentlich vom Nennwert abweichen. Die Non-Investment Grade-Titel und andere als voraussichtlich dauernd wertgemindert eingestufte Schuldtitel werden mit ihrem Börsen- oder Marktpreis berücksichtigt.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt. Zero-Namenschuldverschreibungen wurden mit ihren Anschaffungskosten, zuzüglich des in Abhängigkeit vom Kapitalvolumen und der Verzinsungsvereinbarung ermittelten Zinsanspruchs, aktiviert.

Die Bilanzwerte der **Schuldscheinforderungen und Darlehen** wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet werden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zuzuordnen sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen

am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten, auf den niedrigeren Börsenwert oder den niedrigeren beizulegenden Wert.

Das **Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** wurde gemäß § 341 Abs. 4 Satz 2 und § 341d HGB mit dem Zeitwert bewertet und in einem gesonderten Posten ausgewiesen. Aufgrund der Bestimmungen in den Pensionsplänen wurde der Wert entsprechend der Verpflichtung des Pensionsfonds im Versorgungsfall angesetzt.

Die **Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft** sind zu Nennwerten bilanziert worden.

Die **sonstigen Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Sachanlagen betrafen, zu Nennwerten abzüglich notwendiger Einzelwertberichtigungen angesetzt. Die Sachanlagen wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen zwischen drei und zwanzig Jahren, bilanziert. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden hauptsächlich die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln, nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, berechnet. Die Berechnung erfolgte unter Beachtung der Vorschriften des § 341f HGB und des § 240 Satz 1 Nr. 10-12 VAG sowie den zugehörigen Regelungen der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV). Die Deckungsrückstellung wurde grundsätzlich unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Für Verträge im Rentenbezug erfolgte eine Nachreservierung bezüglich zukünftiger Verwaltungskosten sowie eine biometrische Nachreservierung. Die Deckungsrückstellung für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt, die übrige Deckungsrückstellung nach der prospektiven Methode. Die Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) für Anwärter wurde prospektiv mit einem vom Zeitpunkt des Vertragsbeginns abhängigen Rechnungszins zwischen 0,25 % und 3,25 % ermittelt; die Mindestdeckungsrückstellung für laufende Renten wurde prospektiv je nach Rentenbeginn mit einem Rechnungszins zwischen 0,25 % und 2,25 % ermittelt. Es wurden DAV-Sterbetafeln sowie modifizierte HEUBECK-Richttafeln verwendet.

Der Schlussüberschussanteilfonds wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln ermittelt. Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte gemäß § 15 Abs. 5 und 6 RechPensV. Der Diskontierungszinssatz beträgt 0,9 % p. a.

Die Beträge für die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle** wurden für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen und bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle einzeln ermittelt. Die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle wurden aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit geschätzt. Noch nicht abgewickelte beendete Pensionsfondsverträge und Versorgungsverhältnisse wurden ebenfalls berücksichtigt. Die Rückstellung enthält auch Beträge für die Schadenregulierungsaufwendungen.

Die Bildung der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** erfolgte gemäß der Satzung, den gesetzlichen Regelungen und den Bestimmungen zur Überschussbeteiligung in den Pensionsplänen.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafeln 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde mit 2,06 % (Vorjahr 1,90 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet.

Die Gehaltsdynamik wurde mit 2,0 % p. a., der Trend zur Beitragsbemessungsgrenze wurde mit 3,0 % p.a., die Fluktuation wurde mit 0,0 % p. a. und die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 2,0 % bzw. 1,0 % p. a. angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag -27.809 € (Vorjahr -10.342 €).

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurde das Disagio aus Namensschuldverschreibungen angesetzt.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen aufgrund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis II. im Geschäftsjahr 2025

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.198	2.214	28	-	-	1.398	7.042
2. geleistete Anzahlungen	48	16	-28	-	-	-	36
3. Summe A.	6.246	2.230	-	-	-	1.398	7.078
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	83.894	19.028	-	-	-	-	102.923
2. Beteiligungen	4.076	25	-3.487	613	-	-	-
3. Summe B. I.	87.970	19.053	-3.487	613	-	-	102.923
B. II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	60.143	207.630	3.487	209.773	541	79	61.949
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	948.207	147.446	-	19.445	-	-	1.076.208
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	460.350	24.745	-	-	-	-	485.095
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	52.803	10.040	-	500	-	-	62.343
4. Summe B. II.	1.521.504	389.861	3.487	229.718	541	79	1.685.595
insgesamt	1.615.720	411.144	-	230.331	541	1.477	1.795.596

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände handelt es sich um planmäßige Abschreibungen.

Entwicklung der Aktivposten C. im Geschäftsjahr 2025

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Nicht realisierte Gewinne Tsd. €	Nicht realisierte Verluste Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern							
Sonstige Kapitalanlagen							
- Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.203.671	225.633	-	51.404	181.079	35	1.558.945
insgesamt	1.203.671	225.633	-	51.404	181.079	35	1.558.945

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2025 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen		
	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	102.922.805	101.610.406
B. II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	61.949.178	62.388.034
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.076.208.058	915.067.537
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	485.094.793	336.955.938
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	62.343.326	43.593.688
insgesamt	1.788.518.160	1.459.615.602
davon:		
zu Anschaffungskosten bewertet	1.692.518.159	1.380.757.884
davon:		
nach Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB bewertet	1.128.264.731	966.078.019

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 344,2 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf Anteile an verbundenen Unternehmen, Aktien, Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte auf Basis von Net Asset Value.

Sowohl Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere als auch Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bzw. Rücknahmepreisen bewertet.

Die Zeitwerte der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 36 RechPensV i. V. m. § 56 RechVersV auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu jeweils marktüblichen Konditionen ermittelt.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.456	48.438
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	38.170	34.111
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	879.232	708.074
Sonstige Ausleihungen	536.951	370.016

Abschreibungen wurden unterlassen, da es sich nicht um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt. Es ist beabsichtigt, die Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. ist nach unserem Bewertungstool nur von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil in %	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
DEVK Europa Real Estate Investment Fonds SICAV-FIS, Luxemburg (L)	6,29	766.180.059 ¹⁾	-2.309.595 ¹⁾
DRED S.C.S. SICAV-FIS, Luxemburg (L)	9,67	564.993.645	22.853.185

1) Basis Teilkonzernabschluss

Zu Aktiva C.

Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

	Anteileinheiten Anzahl	Bilanzwert €
Monega Dänische Covered Bonds LD (I)	608.847	54.832.745
DEVK Global Invest PeF	8.928.070	1.504.112.027
insgesamt		1.558.944.772

Zu Aktiva F.

Rechnungsabgrenzungsposten

abgegrenzte Zinsen und Mieten	9.145.706 €
sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	578 €
	9.146.284 €

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 5,0 Mio. € ist in 5,0 Mio. auf den Namen lautende nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva B. I. und C.

Deckungsrückstellung

Für Verpflichtungen aus dem Pensionsfondsgeschäft wurden Deckungsrückstellungen in Höhe von insgesamt 3.262.830.577,43 € gebildet. Davon waren 1.558.944.771 € im Posten „Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ auszuweisen. Die prospektiv ermittelte Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) beträgt 2.164.636.675 €. Damit schließt die bilanzierte Deckungsrückstellung die Mindestdeckungsrückstellung ein.

Zu Passiva B. III.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand 31.12.2024	68.504.219 €
Entnahme	5.620.703 €
Zuführung	14.017.066 €
Stand 31.12.2025	76.900.582 €

Zusammensetzung

Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	6.120.000 €
Schlussüberschussanteile	2.298.000 €
Schlussüberschussanteilfonds	28.515.000 €
Ungebundener Teil	39.967.582 €

Zu Passiva F.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio aus Namensschuldverschreibungen	854.683 €
---	------------------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Pensionsfondsgeschäft

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Beiträge		
– laufende Beiträge	296.291	266.339
– Einmalbeiträge	64.278	60.387
gebuchte Beiträge		
– mit Gewinnbeteiligung	360.569	326.726
gebuchte Beiträge		
– beitragsbezogene Pensionspläne	360.569	326.726

Erträge aus Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Erträge aus Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	1.474	2.097
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	33.685	27.854
c) Erträge aus Zuschreibungen	541	163
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.160	1.095
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	18.662	15.334
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.440	3.017
insgesamt	60.962	49.560

Aufwendungen für Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Aufwendungen für Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	372	303
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	79	364
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	381	191
Aufwendungen für Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	2	1
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	86	64
insgesamt	918	922

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Vertreter	500	717
2. Sonstige Bezüge der Vertreter	-	-
3. Löhne und Gehälter	211	438
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	58	-
insgesamt	769	1.155

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung mit Ausnahme der Zinszuführung wird der DEVK Pensionsfonds-AG belastet.

Gesamtbezüge der Gremien

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 223.643 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 25.887 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2025 eine Pensionsrückstellung von 479.700 € bilanziert. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 65.579 €. Die Beiratsbezüge betragen 30.140 €.

Die Anhangangabe § 285 Nr. 10 HGB zur Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Abschlussprüferhonorare

Für Leistungen, die der Abschlussprüfer (Pricewaterhouse Coopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) für das Unternehmen erbracht hat, wurden im Geschäftsjahr 50.828 € aufgewendet. Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestanden am Bilanzstichtag finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 20,6 Mio. €. Die setzten sich aus den Resteinzahlungsverpflichtungen aus Immobilienfonds zusammen. Hierauf entfallen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 20,6 Mio. €.

Auswirkungen aus dem Mindeststeuergesetz (MinStG)

Das MinStG, das am 15. Dezember 2023 vom Bundesrat final beschlossen wurde und am 28. Dezember 2023 in Kraft getreten ist, ist Teil des Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (MinBestRL-UmsG), welches der nationalen Umsetzung der europäischen Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Gewährleistung einer globalen effektiven Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und große inländische Gruppen in der Europäischen Union dient. Das MinStG ist grundsätzlich auf Geschäftsjahre anwendbar, die nach dem 30. Dezember 2023 beginnen.

Die Gruppenträgerin der deutschen Mindeststeuergruppe sowie gleichzeitig die oberste Muttergesellschaft i. S. d. § 4 Abs. 3 MinStG ist der DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn. Auswirkungen aus der Anwendbarkeit des MinStG resultieren daher auf Ebene der Berichtsgesellschaft nicht.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, Köln, mit 100 % beteiligt. Diese hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im elektronischen Unternehmensregister veröffentlicht.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im elektronischen Unternehmensregister veröffentlicht.

Überschussbeteiligung der Versorgungsanwärter und Versorgungsempfänger

Die Versorgungsanwärter und die Versorgungsempfänger werden gemäß den Festlegungen in den jeweiligen Pensionsplänen an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Dazu werden gleichartige Verträge in Risikoklassen zusammengefasst und diesen die entstandenen Überschüsse verursachungsgerecht zugeordnet. Der einzelne Vertrag erhält Anteile an den Überschüssen seiner zugehörigen Risikoklasse.

Die Überschüsse werden wie folgt verwendet:

Versorgungsanwartschaften

Die fälligen Überschussanteile werden dem Anlagestock zugeführt und erhöhen damit die Anzahl der Anteileinheiten für den Vertrag.

Versorgungen im Leistungsbezug

Die fälligen Überschussanteile werden zur Erhöhung der (laufenden) garantierten Versorgungsleistung verwendet. Diese Erhöhungen sind ihrerseits wiederum überschussberechtigigt.

In Abhängigkeit von dem zugrunde liegenden Tarif sowie dem Vertragsstatus wird folgende Überschussbeteiligung für das Geschäftsjahr 2026 festgelegt:

Versorgungsanwartschaften

Die Versorgungsanwartschaften erhalten folgende Überschussbeteiligung:

Tarife	Grundüberschussanteil	Risikoüberschussanteil		Zinsüberschussanteil	Fondsüberschussanteil	Schlussüberschussanteil
	in % des überschussberechtigten Beitrags	Leistung bei Erwerbsminderung in % des überschussberechtigten Risikobeitrags	ergänzende Hinterbliebenenrente in % des überschussberechtigten Risikobeitrags	in % des maßgebenden Garantiekapitals	in % des maßgebenden Fondskapitals	in % des maßgebenden Garantiekapitals
DB2, DB2U, DB2_1, DB2U_1, VM1, VM1U	0,2	70,0	54,0	0,00	-	2,2
DB3U, DB3U_1	-	35,0	-	0,00	0,01	2,6
TAV/NE/02, TAVU/NE/02	0,2	-	-	0,00	-	2,2
TAV/02, TAVU/02	0,4	-	-	0,00	-	2,2
ZIGU	0,4	-	-	0,00	-	2,2

Versorgungen im Leistungsbezug

Die laufenden Renten aller Tarife erhalten in Abhängigkeit vom Jahr des Rentenbeginns und der Leistungsart einen Zinsüberschussanteil in folgender Höhe:

Rentenbeginn	Leistungsart	Zinsüberschussanteil in % des maßgebenden Deckungskapitals
bis 31.12.2011	alle Leistungsarten ¹	0,00
01.01.2012 – 31.12.2014	alle Leistungsarten ¹	0,35
01.01.2015 – 31.12.2016	alle Leistungsarten ¹	0,85
01.01.2017 – 31.12.2021	alle Leistungsarten ¹	1,20
01.01.2022 – 31.12.2024	alle Leistungsarten ¹	1,85
ab 01.01.2025	alle Leistungsarten ¹	1,10

¹ Bei Invalidenrenten und Altersrenten inkl. einer evtl. eingeschlossenen Hinterbliebenenrentenanwartschaft

Grund- bzw. Risikoüberschussanteile werden nicht gewährt.

Köln, 26. März 2026

Der Vorstand

Joachim Gallus

Lutz Lammert

Dr. Michael Zons

Unter der Bedingung, dass der Aufsichtsrat dem Beschluss der gesetzlichen Vertreter zustimmt, vom Gesamtüberschuss EUR 12.081.329,29 der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen, erteilen wir den nachfolgenden Bestätigungsvermerk:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.
- Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder

- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Be-

langen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den

tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 27. März 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ludger Koslowski
Wirtschaftsprüfer

Maximilian Roestel
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2025 die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft. Er hat in zwei Sitzungen des Aufsichtsrats getagt und beraten sowie zwei Telefonkonferenzen abgehalten und sich dabei über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat erhebt gegen den Bericht des Verantwortlichen Aktuars keine Einwendungen.

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und Lagebericht 2025 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und gebilligt. Der Jahresabschluss 2025 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 28. April 2026

Der Aufsichtsrat

Michael Knaup

Vorsitzender

